

Herwig Birg

Die erborgte Zukunft.  
In Deutschland wird die demografische Substanz  
der Gesellschaft importiert\*

*ABSTRACT: There will be a dramatic change in the population of Germany in the next 50 years: less new-born - an already observed situation forced by unification - and the increase in number of elderly people. The only way to stop the population shrinking process is the increase of immigration and the change in the regulation of citizenship.*

*1. Einführung*

Die vorliegenden Projektionen und Simulationen der Bevölkerungsentwicklung im vereinten Deutschland wurden für die alten und neuen Bundesländer getrennt errechnet. Die Bevölkerungszahl für das neue Bundesgebiet wird also als Summe der getrennt berechneten Einzelergebnisse zusammengestellt. Die Einzelergebnisse für West und Ost sind infolge der binnendeutschen Wanderungen voneinander abhängig. Da außerdem alle demographisch relevanten Verhaltensweisen (Fertilität, Mortalität, Lebenserwartung und Wanderungen) in den alten und neuen Bundesländern unterschiedlich sind, werden nationale Bevölkerungsvorberechnungen bis zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse bzw. bis zur Angleichung des generativen Verhaltens, des Wanderungsverhaltens und der Lebenserwartung - also für mindestens 10 bis 20 Jahre - nicht ohne die Differenzierung nach neuen und alten Ländern auskommen. Daraus ergibt sich eine Komplizierung des für beide Ländergruppen unterschiedlichen Annahmengerüsts der Bevölkerungsprojektionen. Im folgenden wird daher der Beschreibung der technischen Details eine auf das Wesentliche beschränkte inhaltliche Darstellung der zentralen demographischen Entwicklungstrends vorangestellt.

## 2. *Die Internationalisierung der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland durch Wanderungen*

Ohne Wanderungen gegenüber dem Ausland betrüge das Geburtendefizit in Deutschland in der Dekade 1990 - 2000 im Durchschnitt jährlich 141.500. In den ersten drei Dekaden des 21. Jahrhunderts würde es kontinuierlich zunehmen auf 362.200 in der ersten, auf 501.400 in der zweiten und auf 623.500 in der dritten Dekade. Die dieser Modellrechnung zugrunde gelegte Annahme - ohne Wanderungen - ist zwar unrealistisch, aber sie macht einen wichtigen Sachverhalt deutlich: Die Bundesrepublik ist nach der Phase des Geburtenrückgangs (Halbierung der Geburtenzahl zwischen 1965 und 1975) in die Phase des Bevölkerungsrückgangs eingetreten. Durch immer höhere Zuwanderungen aus dem Ausland kann die Bevölkerungsschrumpfung vorübergehend aufgeschoben, aber auf Dauer nicht verhindert werden, denn auch die Fertilität der Zugewanderten ist niedriger als es zur langfristigen Aufrechterhaltung ihres Bevölkerungsbestandes erforderlich wäre. Die Eigendynamik der demographischen Schrumpfung ist weitgehend unbeeinflussbar: Die Nicht-Geborenen können keine Kinder zur Welt bringen, so daß die Zahl der Lebendgeborenen mittelfristig selbst dann sinken wird, falls die Kinderzahl pro Frau wieder zunehmen sollte, wofür es keinerlei Anzeichen oder Gründe gibt. Ein Wiederanstieg der niedrigen Fertilität (1,4 Kinder je Frau) könnte die Bevölkerungsschrumpfung nur langfristig wieder umkehren. Für die nächsten Jahrzehnte ist die Schrumpfung nur mit ständig steigenden Zuwanderungen aus dem Ausland zu bremsen.

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland hängt immer weniger vom demographisch relevanten Verhalten der Inländer und immer mehr von der Zahl der Zugezogenen aus dem Ausland ab, die sich intensivierende Internationalisierung der demographischen Entwicklung in Deutschland ist aber kein neues Phänomen: Bereits in den 70er Jahren war die Zahl der aus dem Ausland Zugezogenen häufig größer als die Zahl der im Inland Geborenen.

*Wanderungen 1991:* Zuzüge aus dem Ausland: 1 182 927; Fortzüge in das Ausland 582 240; Wanderungssaldo 600 687.

*Zum Vergleich:* Lebendgeborenenzahl 1991: 830 019.

Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto seit über 20 Jahren ein Einwanderungsland ohne Einwanderungspolitik und ohne eine Integrationspolitik für die Eingewanderten.

### 3. *Primäreffekt und Sekundäreffekt der Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung*

Die Veränderung der Bevölkerungszahl und der Altersstruktur innerhalb eines Jahres hängt von den vier Komponenten *Zahl der Lebendgeborenen, Zahl der Gestorbenen, Zahl der Zugezogenen* und *Zahl der Fortgezogenen* ab. Die Wirkung des Wanderungssaldos auf die Bevölkerungszahl (Zugezogene minus Fortgezogene) wird als *Primäreffekt* der Wanderungen bezeichnet. Mit *Sekundäreffekt* der Wanderungen wird die Summe der Wirkungen der Zu- und Fortzüge auf die Bilanz zwischen Geburten und Sterbefällen bezeichnet. Für die alten Bundesländer beträgt der Sekundäreffekt z.B. in der Periode 1991-2030 2,069 Mio, d.h. das Geburtendefizit reduziert sich durch die bis 2030 unterstellten Wanderungen um rd. 2 Mio. Der positive Sekundäreffekt beruht im wesentlichen auf der jungen Altersstruktur der Zugewanderten. Da aber auch die Zugewanderten altern, kann der Sekundäreffekt - je nach den angenommenen Wanderungssalden - langfristig abnehmen, sogar negativ werden.

Bei den hier verwendeten Bevölkerungsvorausberechnungen wurden wesentlich größere Wanderungssalden zugrunde gelegt als bei der zum Vergleich herangezogenen *7. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung* der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder.<sup>1</sup> Dies war unabdingbar, um der tatsächlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, denn dort wurde für die Jahre von 1990 bis 2030 insgesamt nur ein Wanderungssaldo von 4,75 Mio unterstellt. Demgegenüber betrug allein schon der tatsächliche Wanderungssaldo des Jahres 1991 über 600 000 Personen. Selbst wenn man eine durchschlagende Wirkung der Asylrechtsänderung unterstellt, und selbst wenn die illegale Zuwanderung eingeschränkt werden könnte, müßte nach aller Erfahrung allein schon in den nächsten fünf bis zehn Jahren mit einem Wanderungssaldo von mehreren Hunderttausend Personen pro Jahr gerechnet werden, so daß das Kontingent von 4,75 Mio wahrscheinlich schon vor der Jahrhundertwende erschöpft wäre. Wie soll dann aber das in den Jahrzehnten bis zum Jahr 2030 immer stärker steigende Geburtendefizit und die wachsende Arbeitskräftelücke, insbesondere bei den jüngeren Erwerbspersonen, kompensiert werden? Im ersten Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts beträgt das Geburtendefizit ohne Wanderungen 3,6 Mio, im zweiten 5,0 Mio und im dritten 6,2 Mio. Ohne Wanderungen würde das Arbeitskräftepotential in den alten Bundesländern schon heute um mehr als 200.000 pro Jahr abnehmen. Im Hinblick auf die Entwicklung nach der Jahrtau-

sendwende spricht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zurecht von einer "dramatischen Entwicklung" <sup>2</sup>

#### 4. Trends der Fertilität

Die alte Bundesrepublik war in den 80er Jahren weltweit das Land mit der niedrigsten Fertilität. Das Minimum wurde 1985 mit einer *Total Fertility Rate* (= TFR) von 1279 erreicht (= Lebendgeborene auf 1000 Frauen nach Ausschaltung des Effekts der Altersstruktur auf die Geburtenzahl). Die Nettoerproduktionsrate des Jahres 1985 betrug 0,603 (= zahlenmäßiges Verhältnis der Kindergeneration zur Elterngeneration). Bis 1989 ist die *Total Fertility Rate* wieder auf 1394 gestiegen. Die Erhöhung beruht im Wesentlichen auf einem starken Anstieg der in Deutschland registrierten Lebendgeborenen ausländischer Staatsangehörigkeit. Diese Entwicklung hängt wahrscheinlich mit Änderungen der staatlichen Familienunterstützung zusammen. So wird z.B. das Kindergeld nur noch für in Deutschland geborene bzw. aufgezogene Kinder gezahlt. Dadurch nahm die *Total Fertility Rate* der türkischen Bürger in Deutschland von 1985 bis 1989 um mehr als 50% zu - wahrscheinlich kein Wandel des generativen Verhaltens, sondern eine Auswirkung der veränderten familienpolitischen Bestimmungen.

In den Ländern Westeuropas hat sich der Gesamttrend der Fertilität seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre differenziert. Am unteren Ende der Rangskala liegt heute nicht mehr Deutschland, sondern die Mittelmeerländer Italien (TFR 1990 = 1 290) und Spanien (TFR 1990 = 1 300). Die höchste Fertilität haben Irland (TFR 1990 = 2 190) und Schweden (TFR 1990 = 2 140). In den meisten europäischen Ländern verharrt die Fertilität auf einem anhaltend niedrigen Niveau. Ein Wiederanstieg auf ein Niveau, bei dem die Bevölkerung Westeuropas langfristig ohne Wanderungen konstant bliebe, wird von keinem Experten angenommen. Für die deutsche Bevölkerung in der alten Bundesrepublik bleiben die Gründe der niedrigen Fertilität auch in der Zukunft die entscheidenden Faktoren für das generative Verhalten.<sup>3</sup> Das gleiche gilt für die hier lebenden Ausländer; die Fertilität ist nur bei den türkischen Bürgern größer als bei den deutschen.

In den neuen Bundesländern hat sich die Zahl der Lebendgeborenen infolge der biographischen Unsicherheiten seit der Vereinigung extrem verringert, sie fiel von 215.734 (1988) auf 87.030 (1992). Die *Total Fer-*

*tility Rate* der neuen Bundesländer liegt heute um etwa die Hälfte unter der ohnehin schon niedrigen der alten Bundesländer:

	Total Fertility Rate	
	alte Länder	neue Länder
1990	1 380	1 543
1992	1 388	730

Der Fertilitätsrückgang war umso stärker, je jünger die betreffenden Frauen im Zeitpunkt der Wiedervereinigung waren. Häufig wird unterstellt, daß sich die niedrige Fertilität schon bald dem Niveau im Westen Deutschlands anpassen werde. Es ist jedoch praktisch ausgeschlossen, daß diese Entwicklung bald eintritt, denn selbst wenn man unterstellt, daß die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern schon ab 1995/2000 denen in den alten Ländern entsprechen werden, dann könnte frühestens der 1980 geborene Frauenjahrgang in der für das generative Verhalten wichtigen Altersphase von 15 bis 45 unter solchen Bedingungen leben, die zu einem generativen Verhalten wie im Westen führen. Dies bedeutet, daß frühestens die *Total Fertility Rate* der ab 1980 geborenen Jahrgänge in den neuen Bundesländern die Fertilität der entsprechenden Jahrgänge im Westen erreichen würde, wahrscheinlich wird sie aber bis in das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts unter der im Westen liegen:<sup>4</sup>

	Total Fertility Rate	
	alte Länder	neue Länder
1990	1 380	1 543
1995	1 428	840
2000	1 443	1 021
2005	1 416	1 173
2010	1 393	1 280

### 5. Allgemeine Faktoren des generativen Verhaltens

Alle Spekulationen über eine Umkehr des langfristigen Trends der Abnahme der *Total Fertility Rate* haben sich bisher als haltlos erwiesen.

Heute kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, daß sich das niedrige Niveau der Trend-Komponente der Kohortenfertilität (= endgültige Kinderzahl pro Frau eines bestimmten Jahrgangs) mittelfristig nicht erhöht. Maßgeblich für diese Aussage ist, daß alle Kausalfaktoren, die den jahrzehntelangen Abnahmetrend der Kohortenfertilität hervorgerufen haben, weiter wirksam sind. Im einzelnen sind dies

- die Absicherung der individuellen Lebensrisiken durch den Sozial- und Wohlfahrtsstaat,
- die Übernahme von ehemaligen Familienfunktionen wie Erziehung und Ausbildung der Kinder bzw. die Unterstützung und Pflege der Älteren durch gesellschaftliche Einrichtungen,
- die Relativierung traditioneller kultureller Werte und Normen und die Ausbreitung des Wertpluralismus,
- die Ausdehnung des zweckrationalen Verhaltens auch auf die intimen und persönlichen Lebensbereiche,
- die Entwicklung des Leitbildes der außerfamilialen Selbstverwirklichung der Frau als Gegenideal für die binnenfamiliale,
- die Auflösung des Zusammenhangs zwischen Fertilität und Eheschließung,
- die Zunahme der biographischen Risiken langfristiger Festlegungen im Lebenslauf durch Partnerbindungen und Kindgeburten. (In einer dynamischen Konkurrenzgesellschaft schlagen sich biographische Festlegungen durch Kindgeburten in biographischen Opportunitätskosten nieder, die den ganzen Lebenslauf tangieren),
- der Zwang zur Anpassung der Ausbildungs- und Erwerbsbiographien an die Vorgaben des Arbeitsmarktes und
- die Abnahme der Verbindlichkeit gesellschaftlich geprägter Lebenslaufstypen, also der Trend zur Individualisierung der biographischen Lebensplanung.

Eine quantitative Umsetzung dieser qualitativen Kausalfaktoren in altersspezifische Geburtenziffern setzt voraus, daß die Kohortenfertilität zusätzlich nach der Häufigkeit von Ersten Kindern, Zweiten Kindern usw. differenziert wird. Die entsprechenden, nach der 'Parität' der Frauen untergliederten altersspezifischen Geburtenziffern wurden in einer vorangegangenen Untersuchung erarbeitet.<sup>5</sup>

Dabei erwies sich für die Prognose der Kohortenfertilität vor allem der von Kohorte zu Kohorte stetig steigende Anteil der Kinderlosen als wichtig, der eine zunehmende Polarisierung der Bevölkerung in eine

Gruppe mit Kindern und in eine Gruppe mit lebenslanger Kinderlosigkeit bewirkt. Innerhalb der Gruppe mit Kindern überwiegt nach wie vor die Zwei-Kinder-Familie (43,6%), während die Ein-Kind-Familie weniger verbreitet ist (36,2%). Die Zwei-Kinder-Familie gilt nicht nur immer noch als die ideale Familiengröße, sie ist auch am häufigsten.

Ausgehend von einer Fortsetzung des Trends zur Kinderlosigkeit einerseits und zur weiteren (leichten) Zunahme des Anteils der 2-Kinder-Familie (an den Frauen, die überhaupt Kinder haben), sowie des Rückgangs des Anteils der Familien mit 3 u.m. Kindern andererseits wurden für die Kohorte 1980 (alte Bundesländer) die altersspezifischen Geburtenziffern abgeleitet, die mit den relativ stabilen Trends der Familienstrukturen übereinstimmen. Für die Kohorten nach 1980 wurde vorausgesetzt, daß ihre altersspezifischen Geburtenziffern denen der Kohorte 1980 entsprechen, und zwar sowohl im Westen als auch im Osten.

#### *6. Kohortenspezifische Faktoren*

Die Fertilität bestimmter Kohorten kann von der durch die Trend-Komponente bestimmten Fertilität nach oben oder unter abweichen. Zu den Faktoren, die für diese Abweichungen in den alten Bundesländern ursächlich waren, gehören insbesondere

- gesellschaftliche Einflüsse wie die fertilitätserhöhenden Sozialisationserfahrungen junger Mädchen, die nach dem Krieg in das gebärfähige Alter einrückten und den als 'Nachkriegs-Babyboom' bezeichneten Anstieg der Geburtenzahlen in den 50er und 60er Jahren bewirkten oder die Bildungsreformen in den 70er Jahren mit ihrem fertilitätsverringernenden Effekt,
- ökonomische Einflüsse wie der Anstieg des Realeinkommens in konjunkturellen Boom-Phasen, der bei den Kohorten, die in der Boom-Phase in dem für die Familienbildung wichtigen Altersabschnitt zwischen 25 und 28 sind, zu einer Verlangsamung des trendmäßigen Anstiegs des Anteils der Kinderlosen führt,
- der Anstieg der monetären Lebenshaltungskosten von Kindern und der indirekten, nicht-monetären Opportunitätskosten von Kindern (= entgangenes Lebenseinkommen, wenn eine Frau, um Kinder aufzuziehen, auf eine Erwerbsarbeit verzichtet),
- die erwerbsbiographischen Lebensperspektiven der Kohorten im Zeitpunkt des Eintritts auf den Arbeitsmarkt (Alter 16-20)

- die regional unterschiedliche Verfügbarkeit von Frauenarbeitsplätzen in Abhängigkeit vom Strukturwandel der Wirtschaft und von der aktuellen Konjunkturphase,
- die Situation und die Perspektiven auf dem Wohnungsmarkt im Zeitpunkt der für die Familiengründung entscheidenden Lebensphase,
- die Intensität und Art familienpolitischer Maßnahmen, deren Wirkung sich allerdings stets schon nach wenigen Jahren stark abschwächte und
- die Verfügbarkeit und die Kosten von Kinderkrippen und Kindergartenplätzen, die den Konflikt der Frauen zwischen Erwerbstätigkeit und Familienarbeit mildern können.

Diese Faktoren bestimmen nicht nur das Niveau der altersspezifischen Geburtenziffern der einzelnen Kohorten, sondern auch das Timing der Geburten sowie das mittlere Gebäralter; das mittlere Gebäralter lag in der früheren DDR bei 22 Jahren, im Westen bei 28 Jahren.

Die hier aufgeführten Trendfaktoren hatten in der früheren DDR eine ähnliche Bedeutung wie in den alten Bundesländern, daher verlief die Periodenfertilität in der DDR bis zum Einsatz massiver pronatalistischer Maßnahmen ab 1973 ähnlich wie im Westen. Die Kausalfaktoren, die im Westen für die Abweichungen einzelner Kohorten vom Trend von Bedeutung waren, hatten in der DDR keine oder eine andere Bedeutung, dafür gab es in der DDR andere Einflüsse auf die Kohortenfertilität, z.B. die Zuweisung von Wohnungen, die meist für ledige junge Mütter bevorzugt vergeben wurden.

### *7. Einmalige historische Sonderfaktoren*

Zu den einmaligen Ereignissen, die im Rahmen von Untersuchungen zur Fertilitätsentwicklung von größter Bedeutung sind, gehören die Einführung der modernen Antikonzeptiva zwischen 1965 und 1975 und die sexuelle Revolution in den 60er und 70er Jahren einerseits sowie die politischen Umwälzungen im Ostblock und die Wiedervereinigung andererseits. Beide Ereignisse wirkten sich auf die jungen Kohorten mehr aus als auf die älteren. Die Einführung moderner Antikonzeptiva führte in der früheren BRD zwischen 1965 und 1975 fast zu einer Halbierung der Geburtenzahl. Parallel zum Rückgang der Fertilität vollzog sich zunächst bis zum Ende der 70er Jahre eine Vorverlagerung des mittleren Gebäralters auf 26 Jahre, die anschließend wieder von einer Rückverlagerung auf 28 Jahre abgelöst wurde.



Die Wiedervereinigung hatte in den neuen Bundesländern einen starken Fertilitätsrückgang zur Folge. Die Lebendgeborenenzahl sank von 198.922 im Jahr 1989 über 178.476 im Jahr 1990 auf 87.030 im Jahr 1992. Auch die altersspezifischen Geburtenziffern veränderten sich stark, und zwar vor allem bei den Kohorten, die im Zeitpunkt der Vereinigung im Alter Anfang 20 waren. So sank von 1990 auf 1991 die altersspezifische Geburtenziffer der 20jährigen Frauen der Kohorte 1970 von 115,3 auf 31,2. Die altersspezifische Geburtenziffer der Kohorte 1970 in den alten Bundesländern betrug im Alter 21 42,7.

Die Rückgänge der Fertilität sind umso stärker, je jünger die betreffenden Kohorten im Zeitpunkt der Wiedervereinigung waren. Dies ist plausibel, weil nur junge Menschen flexibel genug sind, ihre Lebenspläne neu zu konzipieren, während die älteren durch Festlegungen im Lebenslauf einerseits an eine bestimmte Biographie gebunden sind, andererseits aber auch weniger die Neigung entwickeln, ihre biographische Identität von Grund auf zu ändern.

Über das gesamte Leben hinweg werden die Kinderzahlen je Frau bei den Kohorten 1970-79 in den neuen Bundesländern niedriger sein als bei den West-Kohorten. Das Minimum liegt bei der Kohorte 1973 mit 1,1 Kindern pro Frau (alte Bundesländer = 1,4 Kinder). An den vorliegenden Überlegungen würde sich nur dann etwas ändern, wenn die Rückkehr zur höheren Fertilität ebenso abrupt erfolgen würde, wie der plötzliche Rückgang 1990. Dies erscheint allerdings als unwahrscheinlich.

### *8. Trends der Mortalität*

In der vorliegenden Bevölkerungsprojektion wurde von einer Angleichung der Lebenserwartung in Ost und West ausgegangen. Im Zeitpunkt der Wiedervereinigung lag die Lebenserwartung in der früheren DDR um 2,3 Jahre (Männer) bzw. 2,8 Jahre (Frauen) unter der im Westen. Anders als bei der Fertilität ist jedoch eine differenzierte Modellierung des Anpassungsprozesses nach einzelnen Kohorten nicht erforderlich, weil die Mortalitätsänderung im Gegensatz zur Fertilität einen wesentlich geringeren Einfluß auf die künftige Bevölkerungszahl hat. Würde man die Mortalitätsentwicklung analog zur Fertilitätsentwicklung durch kohortenspezifische Anpassungsprozesse modellieren, würde eine Genauigkeit vorgetäuscht, die angesichts der dominierenden Abhängigkeit der Bevölkerungsentwicklung von den Wanderungsannahmen unange-

bracht wäre, ja sogar irreführend erscheint. Für die alten Länder wurde unterstellt, daß sich die Lebenserwartung in der Zukunft um weitere 3 bis 4 Jahre erhöht (Rückgang der Sterbewahrscheinlichkeiten um 5% bis 2005, danach konstant). Für die neuen Länder wurden die Werte der Sterbetafel der alten (!) Länder konstant gehalten, was gleichbedeutend mit der Annahme einer Verringerung der Sterbewahrscheinlichkeit in den neuen Ländern ist.

#### *9. Zentrale Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnungen mit und ohne Wanderungen für die alten und neuen Bundesländer*

Die vorliegenden Berechnungen dürfen weder als Prognosen, noch als Prophezeiungen oder Voraussagen mißverstanden werden. Es handelt sich um *Wenn-Dann*-Aussagen über die Zukunft. Falls die in den *Wenn*-Bedingungen enthaltenen Voraussetzungen zur Entwicklung der Fertilität, der Mortalität und der Wanderungen zutreffen, erweisen sich auch die aus ihnen abgeleiteten Aussagen zur Bevölkerungsentwicklung als zutreffend. Die Ergebnisse von Bevölkerungsvorausberechnungen sind also vollständig in den zugrunde gelegten Annahmen enthalten. Folgende zentrale Ergebnisse sollen hervorgehoben werden:

1. Ohne Wanderungen würde die Bevölkerungszahl Deutschlands langfristig permanent abnehmen, von rd. 80,3 Mio Anfang 1992 über 62,9 Mio im Jahr 2030 auf 48,0 Mio im Jahr 2050 bzw 23,5 Mio im Jahr 2100.
2. Bei Berücksichtigung von starken Zuwanderungen steigt die Bevölkerungszahl von 80,3 Mio Anfang 1992 auf ein Maximum von 81,7 Mio im Jahr 2001. Danach sinkt sie auch bei fortgesetzten starken Nettozuwanderungen aus dem Ausland in Höhe von netto 262 000 pro Jahr auf 75,9 Mio im Jahr 2030 über 66,8 Mio im Jahr 2050 auf 51,3 Mio im Jahr 2100.
3. Der Bevölkerungsrückgang ist in den neuen Bundesländern intensiver als in den alten: Ohne Wanderungen würde die Bevölkerung in den alten Bundesländern zwischen 1990 und 2100 um 69,8% sinken, in den neuen Ländern um 73,4%. Mit Berücksichtigung von Wanderungen beträgt der Rückgang in den alten Ländern 27,1%, in den neuen Ländern dagegen 69,6% (!). Die wesentlich intensivere Bevölkerungsschrumpfung in den neuen Ländern beruht auf der extremen Abnahme der Geburtenhäufigkeit nach der Vereinigung, für deren Angleichung an das Niveau im

Westen über 10 Jahre benötigt werden, sowie auf unterschiedlichen Wanderungssalden: Sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer haben gegenüber dem Ausland positive Wanderungssalden, gleichzeitig verlieren aber die neuen Länder durch die Binnenwanderungen jährlich rd. 30 000 Personen netto an die alten Länder.

4. Die Ergebnisse der verschiedenen Bevölkerungsvorausberechnungen hängen wesentlich stärker von den Annahmen bezüglich der Wanderungen ab als von den Annahmen zur Fertilitäts- und Mortalitätsentwicklung. Die unterschiedlichen Fertilitätsannahmen in der einfachen und in der erweiterten Standardvariante führen z.B. nur zu einer Differenz der Bevölkerungszahl im Jahr 2050 von 1,2 Mio.

5. Durch die Zuzüge aus dem Ausland nimmt der Anteil der zugewanderten Bevölkerung (einschließlich deren Nachkommen) an der Gesamtbevölkerung in den alten Bundesländern zu:

#### Anteil der zugewanderten Bevölkerung

2030	20,6%
2050	32,5%
2100	58,5%

Der Zugewandertenanteil ist nicht identisch mit dem Ausländeranteil. Zu berücksichtigen ist, daß das Staatsangehörigkeitsgesetz aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Jahren so geändert wird, daß die hier geborenen Kinder von Ausländern die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Andererseits sind in den obigen Zugewandertenanteilen die bereits heute in Deutschland lebenden Ausländer nicht enthalten. Der Zugewanderten- bzw. Ausländeranteil wird daher wahrscheinlich noch zu Lebzeiten der heutigen Kindergeneration trotz der geplanten Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes in die Nähe der 50%-Marke rücken oder sie überschreiten. In Ballungsgebieten wird der 50%-Anteil bereits überschritten, lange bevor der Ausländeranteil im Bundesdurchschnitt 30% erreicht hat, er beträgt auch heute schon in Ballungsgebieten das Doppelte oder das Dreifache des Bundesdurchschnitts.

6. Parallel zur Bevölkerungsschrumpfung vollzieht sich eine demographische Alterung der Gesellschaft. Das Verhältnis der Zahl der über 65jährigen zur Zahl der 20 bis 60jährigen (= Altenquotient) steigt von 1990 bis zum Jahr 2031 (Maximum) von 37% auf 68%. Dabei ist berücksichtigt, daß die Zugewanderten im Zeitpunkt ihres Zuzuges im

Durchschnitt wesentlich jünger sind als die einheimische Bevölkerung. Da die Zugewanderten jedoch mit den Einheimischen mitaltern, tragen sie nach 35 bis 40 Jahren zur Erhöhung des Altenquotienten bei. So verstärken z.B. die heute im Alter von 25 Jahren Zugewanderten die Generation des Nachkriegsbabybooms, die im Jahr 2030 im Rentenalter steht. Der Anstieg des Altenquotienten kann durch die Zuwanderungen nicht verhindert, sondern nur gemildert werden. Die Summe aus dem Altenquotienten und dem Jugendquotienten (= Verhältnis der unter 20jährigen zu den 20 bis 60jährigen) wird als Abhängigkeitsquotient bezeichnet; er steigt von 71% auf 103% im Jahr 2031.

### *Literatur*

- Birg, H./ E.-J. Flöthmann/ I. Reiter, 1991, Biographische Theorie der demographischen Reproduktion, Frankfurt/ New York.
- Birg, H./ E.-J. Flöthmann, 1993, Bevölkerungsprojektionen für das vereinigte Deutschland bis zum Jahr 2100 unter besonderer Berücksichtigung von Wanderungen, Bielefeld (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Birg, H./ E.-J. Flöthmann, 1994, Entwicklung der Familienstrukturen und ihre Auswirkungen auf die Belastungs- und Transferquotienten zwischen den Generationen. Expertise für die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages 'Demographischer Wandel', Bielefeld (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Sommer, B., 1992, Entwicklung der Bevölkerung bis 2030. Ergebnis der 7. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 4, 1992, S. 217 f.
- Thon, M., 1991, Perspektiven des Erwerbspotentials in Gesamtdeutschland bis zum Jahr 2030. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1991, S. 711-712.

### *Anmerkungen*

- \* Der vorliegende Text basiert auf einer Expertise für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 'Schutz der Erdatmosphäre'; vgl. Birg/ Flöthmann 1993.
- 1 Sommer 1992, S. 217 f.
  - 2 Thon 1991 S. 711-712.
  - 3 Vgl. Birg 1991.
  - 4 Vgl. Birg 1993.
  - 5 Vgl. Birg 1990 und 1994.